

**Die FRAKTION – Huhn, DiB, PARTEI**

Sara da Piedade Gomes

David Hildner

Markus Vogt

Email Fraktionsvorsitzender: [info@haens-daempf.de](mailto:info@haens-daempf.de)

**Antrag Ausrufung des Klimanotstandes in Tübingen**

In Anlehnung an die Vorlage 214/2019 der Stadtverwaltung stellen wir folgenden Antrag:

Der Tübinger Gemeinderat

1. erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
2. erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
3. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche Beschlussvorlagen, Berichte und Anträge, die in den Tübinger Gemeinderat eingebracht werden, das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem/der Klimaschutzbeauftragten in der Begründung dargestellt werden.
4. stellt fest, dass das 2015 verabschiedete energie- und klimapolitische Leitbild derzeit bei einer rein territorialen Betrachtung noch eingehalten wird. Da Klimaschutz sich jedoch nicht in rein territorialen Grenzen betrachten lässt und ein großer Teil der durch Tübinger\*innen verursachten Emissionen außerhalb des Stadtgebiets anfällt, werden die Ziele bereits jetzt – wie insgesamt in Deutschland – verfehlt.
5. fordert den Oberbürgermeister auf, dem Gemeinderat/der Öffentlichkeit halbjährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.
6. fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.
7. fordert auch die städtischen Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Gemeinderat dazu jährlich Bericht zu erstatten.
8. Die Punkte 1., 3. und 4. aus der Vorlage 214/2019 der Stadtverwaltung werden von diesem Antrag geteilt. Insbesondere wird es als wünschenswert angesehen, eine neue Stelle für Umwelt- und Klimaschutz einzuplanen.

9. Punkt 2. wird nicht geteilt, da Klimaschutz ein zu wichtiges Thema ist, als dass es von einer unsicheren, intransparenten und nicht ausgereiften App begleitet werden kann.
10. Im Zuge dieses Antrags wird die Vorlage 281/2018 wieder zurückgenommen. "In den obersten Parkebenen [des Parkhauses Altstadt Mitte] ein Komfortangebot mit überbreiten Stellplätzen" (Zitat der Stadtverwaltung) anzubieten, ist im Zuge der Ausrufung des Klimanotstands nicht mehr darstellbar.

### **Begründung:**

Die durch die Fridays-for-Future-Bewegung angeregte Ausrufung des Klimanotstands dient dazu, „alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten.“ Die Stadt Tübingen verpflichtet sich damit, ihre bisherigen Anstrengungen für den Klimaschutz zu intensivieren. Sie setzt sich eigene Ziele und Maßnahmen, welche die Maßnahmen anderer Städte, die den Klimanotstand ausgerufen haben, selbstverständlich übertreffen können. Ein Klimanotstand steht in keinerlei Verbindung mit Notstandsgesetzen, welche rechtlich nur vom Bundestag beschlossen werden können, sondern ist eine Selbstverpflichtung, die anerkennt, dass Maßnahmen für den Klimaschutz höchste Priorität haben. Um zu gewährleisten, dass die Verabschiedung der Resolution kein reiner Symbolakt bleibt, müssen selbstverständlich konkrete Maßnahmen folgen.

Egal ob es sich um die individuelle Ebene von Unternehmen und Privathaushalten oder um kollektive Ebenen (Kommune, Kreis, Bund, Land – aber auch Vereine und Verbände) handelt: Alle müssen etwas unternehmen und miteinander zusammenarbeiten.

Die aktuelle Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz umfasst den Zeitraum von 2006 bis 2015. Die Bilanz ergab, dass 2015 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Tübinger Bürger\*innen bei 5,67 Tonnen pro Kopf lag. Der aktuelle Plan der Stadtverwaltung, die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Tübinger Bürger\*innen langfristig auf etwa 2,5 Tonnen CO<sub>2</sub> Äquivalent zu reduzieren, ist nicht genug, um das Pariser 1,5°C-Ziel zu erreichen. Ziel dieses Antrags ist, dass Tübingen bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein soll, das heißt netto keine energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen mehr verursacht.

Beim Klimaschutz wollen wir auf Sozialverträglichkeit achten, indem wir Umweltschutzmaßnahmen nicht auf Kosten von ärmeren Bürger\*innen austragen. Wir wollen wertschätzen, dass diese oftmals weniger CO<sub>2</sub> produzieren, da sie weniger konsumieren, weniger reisen oder sich kein Auto leisten. Wir wollen diese Bürger\*innen entlasten, indem wir umweltschützendes Verhalten belohnen und erleichtern.

Die finale Entscheidung und die einzelnen konkreten Maßnahmen sollen nach einem Dialog- und Beteiligungsprozess durch den Gemeinderat beschlossen werden.

Vor einer solchen Beschlussfassung über konkrete Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Neutralität über die BürgerApp abstimmen zu lassen lehnen wir aus folgenden Gründen ab: Zum jetzigen Zeitpunkt dürfen Bürger\*innen erst ab 16 Jahren an den Abstimmungen teilnehmen, was wieder einmal die Entscheidung über die Zukunft in die Hände der älteren Bevölkerung legt, die die Folgen ihres Abstimmverhaltens zum großen Teil nicht mehr erleben und daher auch nicht tragen müssen. Gerade die Menschen, die in den letzten Monaten für eine Rettung des Klimas auf die Straße gegangen sind, werden durch die Altersbegrenzung systematisch ausgeschlossen. Zudem teilen wir die generellen Bedenken des CCC (Chaos Computer Clubs) zur Sicherheit und Transparenz der BürgerApp in ihrer jetzigen Form.